

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Dr. Georg Jarzembowski (CDU) vom 02. 08. 89**

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Äußerungen von Senator Kuhbier zur Gefahrgut-Sicherheit  
im Hamburger Hafen**

*Aufgrund eines Zeitungsinterviews von Senator Jörg Kuhbier ist der Eindruck entstanden, es gebe Versäumnisse und Mängel bei der staatlichen Gefahrgutüberwachung im Hamburger Hafen.*

*Ich frage den Senat:*

1. a) *Seit wann ist die hamburgische Verwaltung dabei, ein sogenanntes Gefahrgut-Lagezentrum aufzubauen, und zwar bei welcher Behörde?*

Im November 1985 hat der Senat die Behörde für Inneres beauftragt zu prüfen, ob durch Entwicklung eines „Lagezentrum Gefahrgut“ die erwünschten Verbesserungen der Hafensicherheit erzielt werden können. Es wurde entschieden, kein eigenes EDV-System der Behörden aufzubauen, sondern die Lagezentren von Polizei und Feuerwehr an ein von der Hafenwirtschaft entwickeltes und betriebenes System anzuschließen.

1. b) *Welche Behörden sind an dieser Vorbereitung beteiligt?*

An der Entwicklung des Systems sind im wesentlichen die Behörde für Inneres (für Fragen der Hafensicherheit) und die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft (für Fragen der Hafenplanung und der Hafenpolitik) beteiligt, außerdem die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales und die Umweltbehörde.

1. c) *Aus welchen Gründen ist die Errichtung des Gefahrgut-Lagezentrums immer noch nicht abgeschlossen?*

Wegen der Komplexität der Materie kann das System nicht früher fertiggestellt werden.

1. d) *Wann ist mit der Inbetriebnahme des Gefahrgut-Lagezentrums zu rechnen?*

In einem Feldversuch soll 1990 die Funktion des Gefahrgutinformationssystems getestet werden; 1991 wird es voraussichtlich auf alle Umschlagbetriebe im Hamburger Hafen ausgedehnt und damit auch der Feuerwehr, der Polizei und weiteren Hafenbetrieben und sonstigen Interessierten zur Verfügung gestellt werden.

2. a) *Welche Behörden sind für die Überwachung der Lagerung und der Bereitstellung von Gefahrgut im Hamburger Hafen zuständig, und wie viele Mitarbeiter werden für die Überwachung jeweils eingesetzt?*

Für die Überwachung der betrieblichen Anforderungen bei der Bereitstellung gefährlicher Güter in den Umschlaganlagen des Hamburger Hafens ist die Behörde für Inneres zuständig. Sie setzt ca. 45 Beamte der Wasserschutzpolizei ein. 19 Hafensicherheitsbeamte überwachen ausschließlich die Beförderung einschließlich der Bereitstellung von Gefahrgut im Hafen, 26 Beamte sind teilweise im Hafen tätig. Darüber hinaus werden im Rahmen des täglichen Dienstes von allen Beamten der Wachdienstgruppen der Wasserschutzpolizei neben anderen Tätigkeiten auch Kontrollen im Bereich des Transports gefährlicher Güter im Hafen durchgeführt.

Für die Überwachung im Zuständigkeitsbereich der Umweltbehörde (Immissionsschutz und Wasserrecht) werden bisher zwei Mitarbeiter eingesetzt.

Für Überwachungsaufgaben der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Gewerberecht, Chemikalienrecht, Arbeitsschutz) wird die Kapazität eines Mitarbeiters eingesetzt.

2. b) *Wie wird das Verwaltungshandeln koordiniert, welche Behörde hat die Federführung, und wie kann die Zersplitterung der Zuständigkeiten beendet werden?*

Zuständigkeiten und Federführung der Behörden sind eindeutig bestimmt. Sie orientieren sich an der fachlichen Zuständigkeit und dem damit verbundenen unterschiedlichen Sachverstand der Behörden. Weil die Rechtsgebiete gegenseitige Auswirkungen beim Vollzug auslösen, wurde die „Interbehördliche Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Gefahrenabwehr und zum Vollzug der Anlagenverordnung — VAWS“ zur Koordination eingerichtet. Diese erarbeitet ein Anforderungskonzept zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, worunter auch die Gefahrgüter fallen.

2. c) *Hält auch der Senat das zur Verfügung stehende Personal für die Überwachung für nicht ausreichend? Wenn ja: Seit wann ist er dieser Auffassung, und wann will er dieser Situation bei welchen Behörden wodurch abhelfen?*

Für die Überwachung des Betriebs von Umschlaganlagen auf der Grundlage einer den neuesten Sicherheitsanforderungen angepassten Hafensicherheitsverordnung durch die Wasserschutzpolizei wird das zur Verfügung stehende Personal unter Abwägung zwischen den insgesamt wahrzunehmenden Aufgaben und den vorhandenen Ressourcen für ausreichend gehalten.

Im Aufgabenbereich der Umweltbehörde wird durch Umsetzungen kurzfristig ein Überwachungsschwerpunkt eingerichtet.

3. a) *Wie stellt sich die Praxis der Lagerung und Bereitstellung von Gefahrgut und deren Überwachung in den Wettbewerbshäfen Bremen, Rotterdam und Antwerpen im Verhältnis zum Hamburger Hafen dar?*

Nach den hier vorliegenden Informationen sind Vorschriften und Verfahren zur Überwachung sowie zur Weiterentwicklung der Sicherheitsanforderungen zwischen den genannten Häfen nicht deckungsgleich. Sie führen jedoch im Ergebnis zu im wesentlichen vergleichbaren Sicherheitsstandards.

3. b) *Was hat der Senat im einzelnen in Gesprächen mit dem Bremer Senat, im Bundesrat sowie gegenüber der Europäischen Gemeinschaft unternommen, um die Gefahrgut-Sicherheit wettbewerbsneutral zu verbessern?*

Mit Vertretern der Bremer Behörden hat ein Meinungsaustausch stattgefunden.

Zur bundeseinheitlichen Klärung der Frage, welche Anforderungen für Bau und Ausrüstung von Anlagen zur Bereitstellung gefährlicher Stoffe zu stellen sind, sowie der Frage nach einer praktikablen Abgrenzung zwischen den Begriffen „Lagerung“ und „zeitweiliger Aufenthalt im Verlauf der Beförderung“ haben Hamburg und Bremen den für das Gefahrgutbeförderungsrecht federführenden Bundesminister für Verkehr eingeschaltet. Nach Klärung dieser Probleme sind die Ergebnisse ggf. in internationale Verhandlungen zu übernehmen.

3. c) *Was will der Senat auf welchen Ebenen unternehmen, um die Sicherheit der Arbeitnehmer im Hamburger Hafen und der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten und gleichzeitig die Arbeitsplätze im Hamburger Hafen sowie die Beschäftigung des Hafens nicht zu gefährden?*

Der Senat will unter Berücksichtigung der verschärften Sicherheitsanforderungen für Produktions- und Lagereibetriebe auch für Umschlagbetriebe Anforderungen an Bau, Ausrüstung und Betrieb zwischen den Behörden und der Hafenwirtschaft abstimmen, die einerseits den geforderten Sicherheitsstandard und somit den Schutz der Arbeitnehmer, der Bevölkerung und der Umwelt gewährleisten, andererseits die wirtschaftlichen Interessen des Hafens einbeziehen. Da der Wettbewerb der Seehäfen auch über die Sicherheit beim Umgang mit gefährlichen Gütern geführt wird, wird eine völlige Übereinstimmung der Sicherheitsanforderungen der Häfen nicht zu erzielen sein. Investitionen in die Sicherheit verbessern jedoch auch stets die Wettbewerbssituation des jeweiligen Hafens.